

A6 - Neu Migrationspolitik ganzheitlich denken: Integrationshemmnisse lösen und Gesellschaft stärken

Antragsteller*in: Mathias Schmitz (KV Pinneberg)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Der Migrationsdruck im Nahen Osten ist eine fortlaufende und komplexe
2 Entwicklung, die sich nicht vollständig aufhalten lässt. Kriege, politische
3 Instabilität, wirtschaftliche Krisen sowie klimatische Veränderungen in der
4 Region treiben immer mehr Menschen dazu, ihre Heimatländer zu verlassen. Diese
5 Mischung aus politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren führt zu
6 einem immer höheren Migrationsdruck, der absehbar nicht nachlassen wird.

7 Die anhaltende Migration führt zu gesellschaftlichen Spannungen, die sich in
8 verschiedenen Bereichen bemerkbar machen. In Deutschland verstärken sich
9 politische Spaltungen, Polarisierungen und bewusst erzeugte Angst. Was früher
10 eine Debatte über humanitäre Verpflichtungen und Integration war, ist in weiten
11 Teilen zu einem harten, oft von Ängsten und Vorurteilen geprägten politischen
12 Schlagabtausch geworden. Dies führt zur gesellschaftlichen Wahrnehmung der
13 Überforderung des Systems, die nicht nur organisatorische, sondern auch soziale
14 Folgen hat.

15 Dabei zeigt die Migration am Ende nur die Probleme, die bereits in unserem
16 System bestehen. Sie werden nur durch den Druck der Migration wesentlich
17 sichtbar. Diese Probleme sind vielzählig, fassen auf Vernachlässigung,
18 mangelnde Finanzierung oder falscher politischer Steuerung in den vergangenen
19 Jahrzehnten. Für eine zielführende Lösung der aktuellen Herausforderungen gilt
20 es, die sichtbar gewordenen Probleme anzugehen, damit am Ende alle Menschen in
21 Deutschland profitieren. Damit stärken wir nicht nur die Integrationsfähigkeit
22 Deutschlands, sondern arbeiten zukunftsorientiert für unsere gesamte
23 Gesellschaft.

24 1. Mangelnder Wohnraum

25
26 Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist seit Jahren ein Problem. Studierende,
27 ältere Menschen und junge Familien - der Druck auf den Wohnungsmarkt ist seit
28 Jahren hoch. Gleichzeitig brauchen wir genau diesen Wohnraum, um Geflüchtete
29 dezentral unterzubringen und eine Perspektive zu geben. Größere Unterkünfte
30 führen zu gesellschaftlichen Spannungen und helfen vielmals nicht der
31 Integration. Zielsetzung unserer Politik muss es sein, mit bezahlbaren
32 Wohneinheiten in höheren und verdichteten Bauen im Zusammenspiel einer gut
33 zusammenarbeitende Sozial- und Stadtplanung den Herausforderungen
34 entgegenzutreten.

35
36 Schleswig-Holstein ist bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus sehr weit
37 vorn, das zeigt auch die starke Nachfrage der der Förderung durch Bauwirtschaft.
38 Allerdings können durch staatliche Förderungen allein die Preissteigerungen der
39 letzten Jahre im Wohnungsbau nicht aufgefangen werden.

40
41 Daher muss das Land gleichzeitig Standards für preisgedämpften Wohnraum setzen,

42 um ein weiteres Werkzeug für alle Kommunen in Schleswig-Holstein zu schaffen,
43 wie zum Beispiel mit dem kürzlich vorgestellten Regelstandard für vereinfachtes
44 Bauen.

45 1. Mangelnde Sprachförderung

46 Alle Menschen, die in Deutschland Fuß fassen, müssen Deutsch gut lernen können,
47 um sprachlich barrierefrei durch das Leben kommen. Dies ist ein wichtiger
48 Schritt in der Integrationsfähigkeit von Geflüchteten. Solange ein ausreichendes
49 Angebot fehlt, Wartezeiten zu lang sind, bürokratische Anforderungen an
50 bundesgeförderte Sprachangebote zu hoch, benötigen wir weiterhin ein ergänzendes
51 Sprachkursangebot des Landes. Wir müssen das Angebot zu den Menschen vor Ort
52 bekommen, um Angebote für alle zu schaffen und besonders Frauen in ihren
53 Sprachfertigkeiten weiterzubilden. Mit der Ausweitung der arbeitsmarktbezogenen
54 Sprachtrainings des Beratungsnetzwerks "Alle an Bord" wollen wir ein effektives,
55 niedrigschwelliges Angebot, das sich bereits bewährt hat, auf ganz Schleswig-
56 Holstein ausweiten."

57 1. Arbeitsmarkt

58 Migranten haben immer noch rechtliche Barrieren, die ihnen die Aufnahme einer
59 Erwerbstätigkeit zu lange untersagt und in Folge eine Einstellung nur unter zu
60 hohen bürokratischen Herausforderungen für Arbeitnehmende und Arbeitgebende
61 möglich ist. In einer Zeit, in der Arbeits- und Fachkräfte in unserer Wirtschaft
62 fehlen, ist dies nicht nur eine Fehlsteuerung im Bereich der Integration,
63 sondern auch in der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes.

64 Als Partei setzen wir uns für einfache Wege ein, damit Migranten Arbeit
65 aufnehmen können: Bürokratiearm für Unternehmer:innen und ohne einen Wust an
66 Formularen für den Arbeitnehmenden. Dies hilft nicht nur bei der Sicherung
67 unserer Wirtschaftsfähigkeit, sondern mindert die Notwendigkeit an staatlichen
68 Zuschüssen und baut Sprachkenntnisse durch das gesellschaftliche Miteinander
69 aus.

70 1. Anerkennung beruflicher Qualifikationen

71 Für jeden Ausbildungsberuf brauchen wir einen modularen Qualifikationsrahmen,
72 sodass auch Teilqualifikationen besser anerkannt und auf dem Arbeitsmarkt
73 genutzt werden können. Innerhalb eines solchen Qualifikationsrahmens brauchen
74 wir Prüfungen, mit denen ermittelt wird, welche Qualifikationsmodule ein Mensch
75 beherrscht und welche Lücken bestehen, so dass hier gezielt nachqualifiziert
76 werden kann, um einen vollwertigen Berufsabschluss zu erreichen. Auch ohne
77 Nachqualifikation kann so ein offizielles Prüfungsergebnis klar aufzeigen, wo
78 die beruflichen Qualifikationen nachweislich vorhanden sind.

79 Nach Hamburger Vorbild wollen wir ein Stipendienprogramm für die Anerkennung
80 ausländischer Berufsqualifikationen aufbauen, um die Teilnahme an Anpassungs-
81 und Nachqualifizierungskursen, Zuschüssen für Lebenshaltungskosten während der
82 Prüfungs- und Nachqualifizierungszeiten oder Lernmittel-, Kurs- und
83 Prüfungsgebühren individuell fördern zu können.

84 Auf Landesebene muss die Bearbeitung von Anträgen zur Anerkennung und zur
85 Berufserlaubnis beschleunigt und besser aufeinander abgestimmt werden. Ein
86 Beispiel hierfür ist die Zulassung von Ärzt*innen aus Drittstaaten.

87 Die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) der Länder benötigt eine

88 auskömmliche Finanzierung, um eine zeitnahe Gutachtenerstellung gewährleisten zu
89 können.

90 Auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass die Mitgliedstaaten sich
91 bei weiteren Ausbildungsgängen auf Mindestanforderungen zur Vergleichbarkeit
92 einigen und somit die Verfahren zur automatischen Anerkennung auf weitere Berufe
93 ausgeweitet werden können.

94 Dies unterstützt nicht nur die Möglichkeiten der Nachschulungen von
95 Geflüchteten, sondern macht das System variabler und entspricht den aktuellen
96 Bedürfnissen des Arbeitsmarkts.

97 Bei der formalen Anerkennung beruflicher Qualifikationen anhand von vorhandenen
98 Zeugnissen brauchen wir bundesweit einheitliche Standards.

99 1. Schulische Bildung

100 Unser Bildungssystem kränkelt seit langem, Schulen sind nicht mehr in einem
101 modernen Zustand, Räume für eine angemessene Beschulung sind nicht in
102 ausreichender Zahl verfügbar. Die Kommunen können die notwendigen Investitionen
103 nicht selbständig leisten, es braucht Land und Bund mit einem
104 Investitionsprogramm Schule, um die Grundsubstanz unseres Lernens für die
105 Zukunft zu erneuern. Gleichzeitig müssen wir die DaZ-Klassen weiterhin gut
106 ausfinanzieren. Es braucht ausreichend Lehrpersonal, um eine gute Integration in
107 den Regelunterricht und die Einbindung von Schüler:innen in die Klassen- und
108 Schulgemeinschaft zu gewährleisten.

109 Wir setzen uns für eine Vereinfachung der Sprache von Prüfungen in Schule und
110 Ausbildung ein, von der alle Schüler*innen und Azubis profitieren werden. Wir
111 wollen außerdem erreichen, dass der Zugang zu einem Nachteilsausgleich
112 erleichtert wird.

113 1. Frühkindliche Bildung

114 In der frühkindlichen Bildung liegen hohe Potenzial der Integration. Junge
115 Menschen haben ein hohes Lernpotenzial im Bereich Sprache und lernen früh ein
116 breites Spektrum an gesellschaftlichen Kompetenzen. Dies gilt aber nicht nur für
117 Kinder von Migrant:innen, sondern für alle Kinder in Deutschland. In den letzten
118 Jahren sehen Eltern viel zu häufig die Situation, dass Kita-Plätze nicht
119 ausreichend zur Verfügung stehen. Ein Konkurrenzkampf ist oftmals das Resultat
120 und leitet zu Neid gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen. Dieser
121 gesellschaftlichen Entwicklung muss vorgebeugt werden. Wir müssen vermehrt dafür
122 sorgen, dass die Kommunen ausreichend Kita-Plätze vor Ort haben - das bedarf
123 Neu- oder Ausbau von Gebäudekapazitäten, aber auch eine ausreichende Anzahl an
124 Erzieher:innen. Wir sind hier auf einem guten Weg, müssen aber weit mit Druck
125 vorangehen, um im Bereich Kita im Sinne der Integration und Gleichberechtigung
126 der Mangelangebot entgegenzutreten.

127 1. Psychotherapeutische Versorgung

128 Traumatische Erlebnisse auf der Flucht oder auf Grund kriegerischer
129 Auseinandersetzungen im Heimatland sind bei vielen Teil ihrer Fluchtgeschichte.
130 Hinzu kommt die allgemeine Steigerung an psychischen Krankheiten, die besonders
131 seit der Corona-Pandemie angestiegen sind. Es ist also eine Aufgabe für unser
132 gesamtgesellschaftliches Zusammenleben, die psychotherapeutische Versorgung in

133 unserem Land auf den angewachsenen Bedarf auszuweiten und mehr kassenärztliche
134 Plätze zu schaffen.
135 Darüber hinaus brauchen wir pädagogische Fachkräfte, die sensibel und kompetent
136 mit belasteten Kindern umgehen und sie stärken können. Deshalb werden wir das
137 traumapädagogische Angebot TIK.SH für Kita, Grundschule und Förderzentren weiter
138 entwickeln und ausbauen.

139 1. Ärztliche Versorgung

140 Grundsätzlich ist festzustellen, dass wir in Deutschland eine gute ärztliche
141 Versorgung haben. Ausgerechnet die zahnmedizinische Versorgung zu
142 problematisieren ist reine Polemik. Klar zu beobachten ist allerdings eine
143 abnehmende Versorgung in ländlichen und eine Überversorgung in urbanen Gebieten.
144 Diesen Trend können wir nicht einfach hinnehmen, sondern wir müssen
145 gegensteuern, um die medizinische Grundversorgung sicherzustellen, indem wir die
146 Kommunen in der Einrichtung von kommunalen medizinischen Versorgungszentren
147 helfen und strukturschwache Räume in der Bedarfsplanung vermehrt
148 berücksichtigen.

149 1. Kulturelle Integration

150 Kulturelle Integration im Kontext von Migration ist entscheidend für den
151 gesamtgesellschaftlichen Wandel, der durch die zunehmende Diversität geprägt
152 wird. Aktuelle Herausforderungen ergeben sich oft durch mangelnde Teilhabe von
153 Migrant:innen am gesellschaftlichen Leben, Sprachbarrieren und soziale
154 Segregation. Zudem sehen wir gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die die
155 Lehratmosphäre in einigen Schulen einschränken. Das Startchancenprogramm setzt
156 einen ersten Ansatz in der Lösung dieser Probleme. Weitergehend muss unser
157 Lösungsansatz in einer Förderung interkultureller Kompetenzen ab dem
158 Kindergartenalter liegen. Dazu gehören die frühzeitige Sprachförderung in
159 Kindergärten und Schulen, die Unterstützung von Lehrkräften durch ausreichende
160 Schulsozialarbeit und der Förderung interkultureller Programme durch die
161 Schulen, beispielsweise zur verstärkten Vermittlung gemeinsamer Werte.
162 Zur kulturellen Integration gehört zuvorderst die Integration in den
163 universalistischen Geist des Grundgesetzes und der Menschenrechte. Dazu gehören
164 ein Verständnis von und eine Identifikation mit Demokratie, Menschenrechten,
165 weltanschaulichem Pluralismus, Gleichstellung der Geschlechter und sexueller
166 Selbstbestimmung. Angebote der politischen und kulturellen Bildung, die diese
167 Werte zielgruppengerecht und alltagsnah vermitteln, sollen verstärkt gefördert
168 und möglichst universaler Bestandteil des Integrationsweges von Geflüchteten und
169 Migrant*innen werden - etwa durch den deutlichen qualitativen und quantitativen
170 Ausbau der entsprechenden Anteile in den Integrationskursen. Hierfür kann und
171 sollte sollte insbesondere auf die Kompetenzen von Menschenrechtsaktivist*innen
172 und -Expert*innen zurückgegriffen werden, die selbst aus den jeweiligen Regionen
173 kommen oder anderweitig eine kulturspezifische Vorbildung mitbringen. Um bereits
174 frühzeitig einen tiefgreifenden Austausch über diese sensiblen und komplizierten
175 Themen zu ermöglichen, braucht es zudem auch muttersprachliche Angebote und eine
176 Sensibilität für je nach Herkunftsregion unterschiedlich stark ausgeprägte
177 Problemschwerpunkte.

178 1. Stärkung des Ehrenamts

179 Viele Angebote der Inklusion, ob Sprachangebote, Willkommenscafé und Tafeln,
180 aber auch Sportvereine - all diese ehrenamtlichen Institutionen schaffen einen
181 wesentlichen Teil der deutschen Integrationsarbeit. Diese Angebote und die
182 Menschen dahinter sind an ihren Belastungsgrenzen. Zu hoch sind bspw.
183 bürokratische Hürden in der Beantragung von Förderungen, der Anschaffung von
184 Hilfsmitteln und dem Aufbau einer hauptamtlichen Struktur. Die Ehrenamtsangebote
185 brauchen mehr finanzielle Unterstützung und Hilfestellungen. Die Kreise und
186 große Städte sollen dafür eine hauptamtliche Stelle für Ehrenamtsmanagement
187 aufbauen, um durch Netzwerke, förderrechtlichen Hilfsangeboten und persönlicher
188 Beratung vor Ort die ehrenamtlichen Angebote zu stärken. Aber auch Migranten
189 sind willens, sich ehrenamtlich zu engagieren. Insbesondere bei Tafeln ist die
190 Integration von Migranten im Ehrenamt gelebte Praxis.

191 1. Finanzielle Ausstattung / Schuldenbremse

192 Es ist klar, durch Anerkennung der Probleme und der Verdeutlichung in der
193 Öffentlichkeit ist ein erster Schritt gemacht. Es braucht jedoch vor allem
194 finanzielle Mittel, um die Maßnahmen umzusetzen und gesamtgesellschaftlich einen
195 Schritt Richtung Zukunft zu gehen. Gleichzeitig erleben wir eine Debatte, bei
196 der die Schuldenbremse, die aus Sicht vieler Ökonom*innen reformbedürftig ist,
197 in einigen Parteien als Heiligtum unserer Verfassung hochgehalten und als
198 unveränderbar gehandelt wird, gleichzeitig aber das Grundrecht auf Asyl in Frage
199 gestellt und eine Verfassungsänderung als probates Mittel gehandelt wird. Für
200 uns ist klar, wenn wir über eine Verfassungsänderung reden, die die Probleme
201 unserer Gesellschaft lösen soll, dann muss dies die Reform der Schuldenbremse
202 hin zu einer investitions-offenen, zukunftsgerichteten Schuldenregelung sein.

203 Mathias Schmitz, KV Pinneberg

204 Lukas Unger, KV Pinneberg

205 Ann Christin Hahn, KV Pinneberg

Unterstützer*innen

Jessica Leutert (KV Kiel); Yann Aretin Eggert (KV Pinneberg); Reinhard Junge (KV Plön); Uta Bergfeld (KV Schleswig-Flensburg); Björn Radke (KV Segeberg); Britta Klingspor (KV Ostholstein); Sabine Loof (KV Pinneberg); Oliver Lorentzen (KV Pinneberg); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Birte Duggen (KV Lübeck)